

Bern, 16. Mai 2012

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Die Delegierten der Schweizer Demokraten (SD) haben folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 17. Juni 2012 beschlossen:

Nein zur Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“:

Wie bei der bereits am 11. März 2012 abgelehnten Bauspar-Initiative profitieren lediglich vermögende Personen von den langfristigen Sparmöglichkeiten. Gemäss geltender Gesetzgebung existieren ausreichende Mechanismen zur Förderung des Wohneigentums, zumal dieses Begehren die gezielte Finanzierung von energetischen Massnahmen vollends ausklammert. Die Nein-Parole wurde einstimmig beschlossen.

Ja zur Volksinitiative „Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)“:

In den letzten Jahren wird die Schweiz insbesondere von der EU immer stärker unter Druck gesetzt (siehe Steuerabkommen). Dieser Zustand hebt die demokratischen Volksrechte aus und führt zu einer schleichenden Aushöhlung des hiesigen Rechtsstaates. Deshalb fordern die SD analog dieser Initiative, dass sämtliche Verträge, die eine verbindliche Angleichung an übergeordnetes internationales Recht oder entsprechend hohe finanzielle Leistungen zur Folge haben, dem obligatorischen Referendum unterliegen. Auf diese Weise gibt man dem Volk in der Aussenpolitik die Funktion als Souverän, der letzten Instanz, wieder zurück. Die Ja-Parole wurde einstimmig beschlossen.

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care):

Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) verlangt eine einseitige Stärkung der sogenannten integrierten Versorgung (genannt „Managed Care“). Dabei entstehen für die Versicherten mit anderen Leistungstypen massive finanzielle Nachteile, was sich hauptsächlich im höheren Selbstbehalt manifestiert. Die SD sprechen sich gegen solche systematischen Zwänge aus und fordern den absoluten Erhalt der freien Arztwahl. Diese wird durch die gegenseitige Verbindlichkeit der einzelnen Netzwerkkomponenten (Netzwerk der integrierten Gesamtversorgung) verunmöglicht. Zudem kann die vorgesehene Budgetmitverantwortung der Netzwerke gegenüber den Krankenversicherungen zu Qualitätsverlusten führen. Anstatt Leistungsabbau fordern die SD einkommensabhängige Prämien. Die Nein-Parole wurde bei einer Gegenstimme beschlossen.

Delegiertenversammlung der SD Schweiz